

## GEW kritisiert Schulöffnungen trotz fehlender Tests

Sachsen befindet sich mit seiner Öffnungsstrategie an Schulen nicht nur auf dünnem Eis, wie es der Ministerpräsident formuliert. Er bricht in vielen Regionen bereits ein. Der Preis für fünf Tage Präsenzunterricht vor den Osterferien ist angesichts des Rückstands bei Testungen und Impfungen zu hoch. Ohne die Aufnahme des Präsenzunterrichts am 15. März würden einschließlich der Ferien vier weitere kontaktarme Wochen entstehen. Mit Blick auf die Infektionslage in verschiedenen Regionen wäre das der richtige Weg.

Bei der Bund-Länder-Konferenz am 03.03.2021 hatte der Sächsische Ministerpräsident in einer Protokollnotiz erklärt: „Der Freistaat Sachsen hält die hier beschlossenen unkonditionierten Öffnungen angesichts der aktuellen und absehbaren Infektionslage sowie Impfquote für nicht vertretbar; er ist der Ansicht, dass Öffnungen mit einem verpflichtenden und funktionierenden Testregime gekoppelt sein müssen.“

**Trotz fehlender Selbsttests sollen nun dennoch weitere Schulöffnungen in Sachsen stattfinden.**

Die GEW Sachsen hat am Donnerstag, dem 11. März, ein Gespräch mit Kultusminister Piwarz, dem Staatssekretär und weiteren Vertretern des SMK geführt. Insbesondere haben wir deutlich gemacht:

- Weitere Schulöffnungen können nur dann stattfinden, wenn die Selbsttests tatsächlich flächendeckend vorhanden sind. Die Schulen benötigen außerdem ausreichend Zeit, die organisatorischen Schritte rund um die Testungen vorzubereiten. Damit ist Präsenzunterricht für weitere Klassen realistisch erst nach den Osterferien denkbar.
- Das dynamische Infektionsgeschehen an Grundschulen ist auch bei Kindern besorgniserregend. Um den Gesundheitsschutz zu gewährleisten, muss der Unterricht auch in dieser Schulart durch regelmäßige und verbindliche Selbsttests bei Beschäftigten und Kindern begleitet werden.
- Wenn der Freistaat in seinen Verordnungen schon Festlegungen trifft, wonach erst ab einem Inzidenzwert von 100 Bildungseinrichtungen zu schließen sind, müssen mindestens diese Regelungen verbindlich und nicht verhandelbar sein.
- Es ist dafür zu sorgen, dass der Schülerverkehr so organisiert wird, dass die erforderlichen hygienischen Standards eingehalten werden können. Der Freistaat sollte Städte und Landkreise dabei finanziell unterstützen.

In Hinblick auf **schnellstmögliche Impfangebote** für die Beschäftigten an allen Schularten bestand zwischen GEW und SMK Einigkeit. Wir rechnen damit, dass darüber in Kürze politisch entschieden wird.

Das SMK zeigte sich offen für unseren Vorschlag, zeitnah über die weitere Entwicklung im Schulbereich und über den Umgang mit entstandenen Defiziten zu beraten. Gern nehmen wir Rückmeldungen unserer Mitglieder dazu über [kontakt@gew-sachsen.de](mailto:kontakt@gew-sachsen.de) entgegen.

Ihre/Eure GEW Sachsen